

A n t r a g

der Fraktion der CDU

EntschlieÙung

zu dem Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/2518 -

Hat der Thüringer Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz sein Amt für private Zwecke missbräuchlich genutzt?

Missbilligung der Verhaltensweise des Thüringer Ministers für Migration, Justiz und Verbraucherschutz in der sogenannten "Sohnemann-Affäre" und Aufforderung zur Entlassung

1. Der Landtag missbilligt die Handlungs- und Verhaltensweise des Ministers für Migration, Justiz und Verbraucherschutz in der sogenannten "Sohnemann-Affäre".
2. Der Landtag stellt fest, dass der Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz in seiner öffentlichen Stellungnahme vom 11. August 2016 unvollständig aus den Rechtsvorschriften zitiert und zeitliche Abläufe nicht vollständig wahrheitsgemäß dargelegt hat. Seither hat er wiederholt den Versuch unternommen, die Öffentlichkeit entgegen besseren Wissens, von der juristischen Ordnungsmäßigkeit seines Vorgehens zu überzeugen und hat zum Sachverhalt mehrfach die Unwahrheit gesagt.
3. Soweit der Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz nicht selbst die Konsequenzen aus seinem Handeln gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 Thüringer Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung (ThürMinG) zieht, erwartet der Landtag vom Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen, dass er gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 3 ThürMinG den Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz entlässt.

Begründung:

Nach Medienberichten und Darlegungen in den gemeinsamen öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse für Bildung, Jugend und Sport sowie Migration, Justiz und Verbraucherschutz am 23. August 2016 hat der Thüringer Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz persönlich gegenüber dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sowie gegenüber der Thüringer Staatskanzlei durchgesetzt, dass seinem Sohn entgegen den gesetzlichen Vorgaben und den fachlichen Empfehlungen der Schulverwaltung die Besondere Leistungsfeststellung (BLF) wegen eines Auslandsaufenthalts von rund drei Monaten in der 10. Klasse erlassen wurde. Darüber hinaus hat der Minister mit Halbwahrheiten und Falschinformationen die Öffentlichkeit getäuscht.

Für die Fraktion:

Emde